

**Kinderwünsche erfüllen – Gerechtigkeit herstellen**

*Unser Weg zu einer neuen Familienfreundlichkeit*

### Generationengerechtigkeit

Familienpolitik in Deutschland hat Konjunktur. Zu Recht wurde die Lage der „Keimzelle der Gesellschaft“ von unserer Bundesregierung als schlecht erkannt. Mit der Stärkung einer kinderfreundlichen Infrastruktur (Ganztagschule und frühkindliche Betreuung), der Einrichtung von regionalen Bündnissen für Familie u. v. m. versucht Renate Schmidt die Deutschen zur vermehrten Familiengründung zu animieren. In der Tat ist Deutschland kinderfern wie kaum ein anderes europäisches Land. Mehr Betreuungseinrichtungen mit erweiterten Öffnungszeiten sind sicher Bestandteil einer kinderfreundlichen Gesellschaft, sie alleine schaffen aber noch kein familienpolitisches Klima. Hierfür ist ein Umdenken in allen gesellschaftlichen Bereichen nötig.

Wir sehen Familienpolitik immer in einem Dreieck zwischen Gleichstellungspolitik und Bildungspolitik. Und natürlich ist es auch die allgemeine Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, die die Rahmenbedingungen für Familie bestimmt.

Die Geburtenrate von 1,3 Kindern pro Frau ist im europäischen Vergleich gering. Bei gleichzeitig höherer Lebenserwartung bedeutet dies die Überalterung unserer Gesellschaft (Stichwort „Umkehr der Alterspyramide“) sowie das Wegbrechen der konjunkturellen Binnennachfrage durch die schlichte Schrumpfung des Bevölkerungsumfanges. Eine maßvolle Schrumpfung der Bevölkerung (weniger als 2 Geburten pro Frau) müsste volkswirtschaftlich nicht problematisch sein. Angesichts globaler Überbevölkerung wäre eine „Bevölkerungs-Offensive“ der Industrienationen auch geradezu verwerflich. Deutschland ist jedoch selbst im europäischen Vergleich bei der Geburtenrate Schlusslicht. Das spricht für die schlechten Rahmenbedingungen, die potentielle Eltern in Deutschland vorfinden. Deshalb ist es unser erklärtes Ziel, Rahmenbedingungen für Familien zu schaffen, die es ermöglichen, dass der vorhandene Kinderwunsch auch umgesetzt werden kann. Kinder sind wichtig für die Zukunft von Staat und Gesellschaft. Aus diesem Grund ist die finanzielle Belastung und die Erziehung der Kinder eine gesellschaftliche Aufgabe aller.

Eine demografisch ausgewogene Bevölkerungsstruktur ist ein Aspekt sozialer Gerechtigkeit. Beim jetzigen Aufbau der Gesellschaft ist die Last der Erwirtschaftung des BIP höchst unterschiedlich auf die Generationen verteilt. Von gleichen oder gar besseren Ausgangschancen nachfolgender Generationen kann allein aufgrund der veränderten Altersstruktur aber auch aufgrund weiterer Faktoren<sup>1</sup> nicht die Rede sein. Das Problem der Benachteiligung der jüngeren Generation wird verschärft durch die Überrepräsentanz der Rentnergeneration an den Wahlurnen. Solidarität der

---

<sup>1</sup> Staatsverschuldung, Umweltverschmutzung und rückläufige Bildungsinvestitionen

**Generationen wird zwar häufig innerhalb der Familien gelebt, doch müssen alle Parteien die Interessen der Älteren besonders berücksichtigen, wenn sie die größte Wählergruppe für sich gewinnen wollen. Die größte „Kampfeslinie“ zwischen den Generationen wird von Experten bei der Verteilung der gesellschaftlichen Ressourcen auf Altersversorgung oder Bildungsinvestitionen in die junge Generation gesehen.**

**Wir müssen deutlich machen, dass es nur ein Miteinander der Generationen geben kann. Es ist eine Errungenschaft unserer Gesellschaft, dass wir heute länger leben können. Wir dürfen jetzt nicht den Fehler machen, die Generationen untereinander auszuspielen. Oft sind die Schwierigkeiten der Älteren auch Schwierigkeiten der Jüngeren. Das Miteinander der Generationen muss stärker gefördert werden. Der Generationenvertrag ist das Fundament unserer Politik. Ein gesellschaftliches Umdenken in der Familienpolitik heißt daher für uns auch, dass ältere Menschen und Pflegebedürftige stärker integriert werden.**

**Die Frage der „Generationengerechtigkeit“ ist äußerst komplex und muss von uns Jusos in Zukunft noch verstärkt thematisiert werden.**

#### **Wir fordern**

- Die Verankerung des Prinzips des Erhalts aller heute vorhandener Lebenschancen für die nachfolgenden Generationen (-> Generationengerechtigkeit) im Grundgesetz
- Die Herabsetzung des Wahlrechts auf 16 Jahre, um jüngere Menschen nicht länger von demokratischer Teilhabe auszuschließen.
- Gleichzeitig die politische Bildung an allen Schulzweigen zu verstärken.
- Wir brauchen mehr Demokratie, um unserem Ziel einer offenen und solidarischen Gesellschaft näher zu kommen. Deshalb müssen alle Formen der Partizipation beginnend von Kindern und Jugendlichen aktiv unterstützt und ausgebaut werden.
- Bildungsinvestitionen sind zu verstärken.

#### **Familienförderung als Gleichstellungsfrage**

Untersuchungen haben gezeigt, dass sich viele Paare ihre Kinderwünsche nicht erfüllen, da sie die Voraussetzungen für die Gründung einer Familie nicht gegeben sehen. Ebenso wachsen viele Kinder aufgrund der schlechten Rahmenbedingungen für Familien ohne Geschwister auf und Frauen verschieben den Kinderwunsch auf ein immer späteres Lebensalter. Vor allem gut ausgebildete Frauen bleiben überdurchschnittlich häufig kinderlos, da ihnen eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht realisierbar erscheint. Qualifizierte und kostenlose Kinderbetreuung ist nicht nur wichtig, um allen Kindern gleiche Startchancen ins Leben zu ermöglichen, sondern sie ist auch das A und O zur Erhöhung der Geburtenrate. Unsere europäischen Nachbarn Frankreich sowie die skandinavischen Ländern machen uns vor, dass dank optimaler staatlicher Kinderbetreuung die Bürger häufig in Großfamilien leben, ohne dass eine Rückkehr der Mutter in das althergebrachte „Hausfrauenmodell“ notwendig wäre.

Viele Kinder wachsen heute in einem sozial problematischen Umfeld auf. Dies führt bisher zu Ungleichheiten. Alle Kinder müssen unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern die gleichen Startchancen für ihr Leben erhalten. Es ist Pflicht der öffentlichen Hand, für die Erziehung und Bildung Sorge zu tragen. Familie ist ein Baustein in der Erziehung. Wer von Gleichheit der grundlegenden Lebenschancen spricht, muss hier ansetzen und Familien unterstützen.

Gleichzeitig müssen wir Rahmenbedingungen schaffen, damit sich auch beruflich erfolgreiche Frauen und Männer ihre Kinderwünsche erfüllen können, ohne ihren Status dadurch zu gefährden, beispielsweise den Wiedereinstieg in den Beruf aufs Spiel zu setzen. Das vom Familienministerium vorgeschlagene Modell „Familiengeld“<sup>2</sup> lehnen wir ab, da es nicht finanzierbar ist, Frauen zum Ausstieg aus dem Beruf anregt und Einkommensstarke bevorteilt. Der Effekt des Familiengeldes wäre gleich null, da gut ausgebildete und damit oft auch einkommensstarke Männer und Frauen sich nicht aus finanziellen Gründen für oder gegen Kinder entscheiden.

Erfolgreiche Familienpolitik ist immer auch eine Frage der Gleichstellung, besonders auch in beruflicher Hinsicht. Ausdrücklich lehnen wir ab, die Entscheidung für oder gegen Kinder ausdrücklich den Frauen zuzuschreiben. Erwiesenermaßen sind es ebenso häufig die Männer, die die Übernahme der Belastungen und der Verantwortung für Kinder ablehnen. Gleichstellung im Berufsleben halten wir erst für verwirklicht, wenn Personalchefs bei der Einstellung von Mann oder Frau gleichermaßen mit einer Erziehungspause rechnen müssen. Die Vorstellungen in den Betrieben in Bezug auf Führungskräfte entsprechen häufig noch einer konservativen „Anwesenheitskultur“ (Leben für den Beruf wird verlangt statt Förderung eines ausgewogenen Verhältnisses von Berufs- und Privatleben). Ein Mentalitätswandel ist erforderlich, der von politischen Maßnahmen flankiert und unterstützt werden muss. Grundlegende Forderung bleibt hier die gerechte Verteilung von Arbeit zwischen den Geschlechtern.

Niemand soll durch übertriebene Anreize („Prämien“) zur Zeugung von Kindern angeregt werden wie dies bisher bei Eheschließungen der Fall ist<sup>3</sup>, doch halten wir es für eine Einschränkung der freien Entfaltung der Persönlichkeit, wenn Kinder, die unser aller Zukunft darstellen, zur Privatsache von Familien erklärt und von der Gemeinschaft als solche behandelt werden. Familien sind für uns da, wo verschiedene Generationen zusammen leben. Die besondere Unterstützung muss Kindern gelten. Dies kann Alleinerziehende genauso wie hetero- sowie homosexuelle Paare, bei denen Kinder aufwachsen, betreffen. Die Förderung von Eheleuten durch das Ehegattensplitting ist für uns überholt und ungerechtfertigt. Der verfassungsrechtliche Schutz der Ehe ist für uns ein Relikt aus der Nicht-Trennung von Staat und Kirche und gehört abgeändert in den besonderen Schutz von Familie mit Kindern.

Es gilt, dem Bild besonders der „Rabenmutter“ entgegen zu wirken, die ihre Kinder fremd betreuen lässt. Der Staat entbindet Eltern zwar keineswegs von ihrer Erziehungsaufgabe, doch gibt es auch eine staatliche Erziehungsaufgabe, die wir ideologiefrei einfordern.

Wir fordern daher

---

<sup>2</sup> Erziehungszeiten werden mit Zahlungen, die sich am vorherigen Nettoeinkommen orientieren, subventioniert.

<sup>3</sup> „Vernunftfehe“ wegen Steuerersparnis oder Familienversicherung in der Krankenkasse

- den besonderen verfassungsrechtlichen Schutz der Ehe auf Familien, mit und ohne Kind(er) sowie gleichgeschlechtlicher Partnerschaften durch Aufnahme in Artikel 6, (1) GG, zu erweitern
- Qualifizierte kostenlose Kinderbetreuung ab dem 1. Lebensjahr als Angebot
- kostenlose Kinderbetreuung ab dem 3. Lebensjahr verpflichtend zu gewährleisten
- Ganztagschulen mit einem qualifizierten Angebot auszubauen
- das Ehegattensplitting zugunsten von Familien mit Kindern abzuschaffen
- einen Mentalitätswandel zu fördern, z. B. durch die Unterstützung familienfreundlicher Konzepte in Wirtschaft und Verwaltung u. v. m.
- mehr Teilzeitstellen und flexiblere Arbeitszeiten sowohl für Frauen als auch für Männer zu schaffen
- auf das Familiengeld zu verzichten
- Es sollte einen Vaterschaftsurlaub analog zum Mutterschaftsurlaub geben, damit auch Väter von Anfang an eine Bindung zum Kind aufbauen können und mehr Zeit für ihr Kind haben
- Auch beim Sorgerecht darf nicht das klassische Rollenbild festgeschrieben werden.

### Ungewollt kinderlose Paare

Nicht alle Menschen können aus körperlichen Ursachen heraus ihre Kinderwünsche in die Tat umsetzen wie sie möchten. Diese ungewollt Kinderlosen, die schätzungsweise immerhin 10-15 Prozent aller Paare in Deutschland betreffen, werden politisch häufig vergessen und besitzen keinerlei Lobby.

Deshalb sollte es selbstverständlich sein:

- Ungewollt Kinderlose vom Tabu der „Privatsache“ zu befreien, Aufklärung zu fördern und reproduktionsmedizinische Maßnahmen durch die Krankenkassen solidarisch zu finanzieren
- Auslandsadoptionen staatlich zu unterstützen<sup>4</sup>, d. h. die Seriosität der Vermittler zu kontrollieren und Adoptionswillige zu beraten

### Pflegebedürftige Familienmitglieder

Die Überalterung der Gesellschaft bringt die Versorgung und Pflege älterer Menschen mit sich. Pflegedürftige und hochaltrige Menschen haben ein Recht auf Lebensqualität, d. h. auf Selbstständigkeit und Selbstbestimmung vor allem im Verbleiben ihrer selbst gewählten Wohnform.

Wer der Pflege von Familienmitgliedern innerhalb der Familie nachkommen möchte, hat heute nach dieser Zeit nicht wie bei Erziehungszeiten Anspruch auf Erhalt des Arbeitsplatzes. Deswegen muss die Rückkehr in den Beruf nach der Pflege von Angehörigen für Männer und Frauen gewährleistet werden. Die Pflege muss vereinbar mit dem Beruf und nicht zu Lasten der pflegenden Angehörigen sein.

Wir fordern daher:

---

<sup>4</sup> Die platten Aufforderungen des Kanzlers an die Deutschen, seinem Beispiel folgend mehr Kinder zu adoptieren, sind weltfremd, denn gerade Auslandsadoptionen sind nur mit hohem Geldeinsatz möglich.

- Eine geeignete Infrastruktur wie Dienst- und Serviceleistungen zu unterstützen, um die eigenen Mobilitätsressourcen älterer Menschen zu erhalten.
- Die Schaffung von stadtteilbezogenen Serviceleistungen, die auch die Teilhabe am öffentlichen Leben einschließen.
- Die Einführung eines garantierten Arbeitsplatzes für pflegende Angehörige bis zur Höchstdauer von 3 Jahren (analog zum Anspruch auf Erziehungszeit)
- Flächendeckende und bezahlbare Entlastungsangebote für pflegende Angehörige wie z.B. stadtteilbezogene Tageseinrichtungen analog zur Kinderbetreuung.
- Kommunale Beratungsstellen, die präventiv älteren Menschen Beratung für den dritten Lebensabschnitt anbieten.

### Defizite frühzeitig ausgleichen

Unser Schulsystem gleicht familiäre Defizite wenig aus, wie Pisa I und II eindeutig beweisen. So ist absehbar, dass die überwiegend in den sozial schwachen Familien geborenen Kinder die besondere Unterstützung und Förderung seitens eines immer weniger leistungsfähigen Staates nicht bekommen. Ein kompetentes Beratungsangebot bei Erziehungsproblemen und intrafamiliären Problemen wie Trennung, Scheidung, häuslicher Gewalt, finanziellen Problemen oder Suchtproblematiken könnte den Erziehungsberechtigten in einem frühen Stadium der Probleme helfen, diese weitgehend autonom in den Griff zu bekommen. Ziel muss es sein, auch Eltern, die wohlmöglich selbst nicht liebevoll und konsequent erzogen wurden, in die Lage zu versetzen, ihrer Erziehungsleistung so gut wie möglich nachzukommen. Sozialarbeit und psychologische Beratung an den Schulen kann immer nur ausgleichend wirken, wo sich bereits erhebliche Missstände ausgebreitet haben und doch kann auch hier noch wirksam von außen interveniert werden. Alleinerziehenden muss bei der Ausübung eines Berufes besonders geholfen werden, um die Familie von der Stigmatisierung eines dauerhaften Bezugs staatlicher Alimentationen zu befreien. Die Kinderbetreuung muss besonders flexibel auf die Bedürfnisse des/der Alleinerziehenden angepasst sein. Falls der allein erziehende Elternteil dies möchte, sollte stundenweise Fremdbetreuung bereits ab den ersten Lebenswochen des Kindes zur Verfügung stehen.

Wir fordern also:

- den Eltern kompetente Erziehungsberatung anzubieten
- umfassende Sozialarbeit an Schulen durch kompetente Psychologen und Sozialarbeiter
- In Notlagen Kinderbetreuung schon für Säuglinge anzubieten
- Öffentliche Bildungseinrichtungen mit einem klaren Erziehungs- und Bildungsauftrag versehen, d. h. weg von der reinen Wissensvermittlung.

Die Bedeutung der Familienpolitik kann nicht hoch genug angesiedelt werden. Es geht um mehr als um die Höhe des Kindergeldes und um staatliche Kinderbetreuung. Wir müssen uns darüber klar werden, dass es eine grundlegende Entscheidung über Zukunft und Wohlstand unserer Gesellschaft ist, mit wie vielen Mitgliedern wir bzw. unsere Nachkommen in Zukunft leben werden, welche Ressourcen wir ihnen übrig

lassen und welche Startchancen, insbesondere Bildungschancen, wir diesen Nachkommen ermöglichen. Die politischen Prioritäten auf die Familie zu legen ist oberstes Gebot sozialer Gerechtigkeit und Querschnittsaufgabe auch von Wirtschaftsseite.